



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) › **Wohnraum für Studierende in Bayern: Bedarf steigt**

# Wohnraum für Studierende in Bayern: Bedarf steigt

28. Februar 2021

- **Großer Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für Studierende in Bayern**
- **Mittel der Wohnraumförderung werden vollständig für Sozialwohnungen benötigt**
- **Ministerin [Schreyer](#): „Bund muss sich mit eigenständiger Förderung von Wohnheimplätzen aus Mitteln des Bildungsressorts engagieren.“**

**Studieren in Bayern ist beliebt. 406.000 Studentinnen und Studenten sind an bayerischen Hochschulen eingeschrieben, das sind 3,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit steigt auch der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum an den Hochschulstandorten. Schon jetzt tun sich viele Studierende bei der Wohnraumsuche schwer. Die Corona-Pandemie dürfte diese Situation weiter verschärfen, da viele Nebenjobs durch die derzeitigen Beschränkungen nicht ausgeübt werden können. Wichtig ist daher ein ausreichend großes Angebot an geförderten Wohnheimplätzen.**

Aktuell bieten die Studentenwerke sowie kirchliche und private Träger in Bayern rund 38.000 geförderte Wohnplätze in geförderten Wohnheimen an. Bayern unterstützt in einem eigenen Förderprogramm mit 38 Millionen Euro aus Landesmitteln den Erhalt und Neubau von bezahlbaren Studentenwohnheimplätzen. Der Bund hat seine Zuweisungen an die Länder für den Wohnungsbau allerdings von 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2019 auf 1 Milliarde Euro gekürzt. „Die Mittel der sozialen Wohnraumförderung werden dringend für den nach wie vor hohen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für einkommensschwächere Familien, ältere Personen und sonstige Bedürftige gebraucht“, so Bayerns Bauministerin Kerstin Schreyer, „Hier können keine Mittel für den Bau von Studentenwohnheimen abgezogen werden!“ Daher appelliert Bayerns Bauministerin Kerstin Schreyer an Frau Bundesministerin Anja [Karliczek](#), sich mit Mitteln aus ihrem Bundesbildungsministerium an der Förderung von Studentenwohnplätzen zu beteiligen.

Karliczek hatte im Januar die Länder gebeten, die Finanzhilfen des Bundes für den sozialen Wohnungsbau auch für den Bau von Studierendenwohnheimen einzusetzen. Im laufenden und in den kommenden Jahren stellt der Bund hierfür jeweils eine Milliarde Euro zur Verfügung, was allerdings einem Rückgang von 500 Millionen Euro gegenüber den Jahren 2017 bis 2019 entspricht. Angesichts dieser Zahlen hat sich Schreyer direkt an Bundesministerin Karliczek gewandt und fordert eine eigenständige finanzielle Beteiligung des Bundes bei der Herstellung von Wohnraum für Studierende.

Ministerin Schreyer begrüßt die Initiative des Bundesbildungsministeriums, den Wohnzuschlag beim BAföG für nicht bei den Eltern wohnenden Studierende auf 325 Euro anzuheben. An der geringen Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum ändert dies jedoch nichts. „Es ist daher erforderlich, dass das Bildungsressort sich mit eigenen Mitteln für die Schaffung von Studentenwohnplätzen engagiert“, so die Ministerin. Nur so könne der Wissenschaftsstandort Deutschland auch weiterhin attraktiv für Studentinnen und Studenten bleiben.

